Taxis wieder an Bahnhof-Ostseite

STADT BERN Im Streit um die Taxi-Standplätze beim Bahnhof zeichnet sich eine Entspannung ab: «Ab Sonntag gibts wieder sechs bis sieben Standplätze am einstigen Standort auf der Ostseite des Bahnhofs», sagt Gotthard Klingler, Sprecher des Taxigewerbes. Die Plätze dienten als Ersatz für die Standorte auf dem Bahnhofplatz, die mit dem Beginn der Intensivbauphase aufgehoben werden.

An einer Sitzung zwischen Vertretern des Taxigewerbes und den Gemeinderatsmitgliedern Stephan Hügli (fdp) und Regula Rytz (gb) kam auch das schlecht funktionierende, ampelgesteuerte «Nachrutsch-System» zur Sprache. Dieses sollte den auf den Warteplätzen in der Genfergasse stationierten Taxifahrern signalisieren, ob sie auf die Plätze beim Bahnhof nachrücken können. Laut Klingler werden die Ampeln nun durch eine Kamera beim Bahnhof ersetzt. Die Fahrer in der Genfergasse könnten so die Lage beim Bahnhof auf einem Bildschirm verfolgen. «Die Kamera zahlt die Stadt», sagt Gotthard Klingler. Polizeidirektor Stephan Hügli drückt sich vorsichtiger aus: «Die Kamera ist bloss eine Möglichkeit.» Denkbar sei auch eine Reparatur des Ampelsystems oder der Einsatz von Personal. Zunächst gelte es einmal abzuwarten, wie sich die Intensivbauphase auf die Situation der Taxis auswirke. Wie es mit dem Ampelsystem weitergeht, will der Gemeinderat bis in zehn Tagen entscheiden.

Die Standplätze vor dem Schweizerhof können laut Hügli im Juli wieder in Betrieb genommen werden. Bis dahin gebe es zwei Ersatzstandplätze vor dem einstigen Hotel Wächter in der Genfergasse. Gemeinderat und Taxigewerbe kamen überein, sich künftig viermal jährlich zu treffen. Das Taxigewerbe beklagt Umsatzeinbussen und machte jüngst mit einem Bummelstreik auf seine Anliegen aufmerksam. (bob)

Aline Troxler, Laura Vogt und Maria Gaude (v.l.) präsentieren ihre Seehund-Erkenntnisse. MOS

Freunde, keine Rivalen

Studienwoche im Dählhölzli: Jugendliche beobachteten das Verhalten der Tiere

Diese Woche untersuchten Jugendliche mit «Schweizer Jugend forscht» die Tiere im Dählhölzli und kamen zu spannenden Erkenntnissen.

PASCALE HOFMEIER

Die meisten Ziesel sind nach dem Kämpfen hungrig und gehen fressen. Kinderwagen stören die Säbelschnäbler beim Brüten. Die Lisztäffchen sind morgens fleissiger mit der Körperpflege als Abends und im Seehundebecken gibt es keine Rivalitäten. Zu diesen und vielen anderen Erkenntnissen kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studienwoche «Verhaltensbeobachtungen im Zoo» von Schweizer Jugend forscht. Bereits zum fünften Mal schnupperten Jugendliche aus allen Landesteilen im Dählhölzli «Forscher-Luft». Unter der Leitung des freischaffenden Zoologen Mark Fischbacher haben die Jungforscher in sechs Gruppen Fragen erarbeitet und die Beobachtungsmethoden ausgewählt. «Wenn die Studienwoche während der Schulzeit stattfindet, ist das Interesse immer besonders gross», erklärt Fischbacher, der die Woche alleine leitet. Dieses Jahr haben sich 36 Interessierte gemeldet, Platz hat es aber nur für 16. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben selber entschieden, welche Tiere sie beobachten wollten. Besonders beliebt waren auch in diesem Jahr die Seehunde, die Affen und – trotz dem intensiven Geruch – die Pinguine.

«Es gibt keinen Chef»

Maria Gaude, Aline Troxler und Laura Vogt hatten Glück. Sie durften die neun Seehunde beobachten. Ihre zentrale Forschungsfrage: Welche Beziehungen haben die Seehunde untereinander? Dabei kam Erstaunliches ans Licht: «Die beiden Seehundmännchen Olaf und Granit sind Freunde, keine Rivalen. Es gibt keinen Chef», so Aline Troxler. Und Laura Vogt ergänzt: «Die Tiere haben sehr unterschiedliche Charaktere. Das Weibchen Wanda zum Beispiel ist wie eine Tante, sie ist freundlich zu allen.»

Natürlich verlief nicht immer alles reibungslos: «Vor und nach der Fütterung ist es unmöglich, die Tiere zu beobachten, dann sind sie viel zu unruhig», schildert Maria Gaude ihre Erfahrungen. Bei jedem Tier kam eine spezielle Methode zur Anwendung. Bei den Seehunden zum Beispiel fokussierten die Beobachterinnen während zehn Minuten ein Tier: «Das Hin- und Herlaufen war doch recht anstrengend», räumt Maria Gaude ein.

Zeit zum Erholen gabe es jedoch an den freien Abenden genug: «Wir waren im Kino, baden, joggen und lädele», erzählen die drei jungen Frauen lachend: «Es war schon ein wenig wie Ferien.»

«Wir sind nicht die Jungpartei des GB»

Die Junge Alternative (JA) feiert am Sonntag ihren fünfzehnten Geburtstag. Die Gruppierung versteht sich als «offene Plattform». Einstige Mitglieder monieren, die Offenheit sei einem «strammen Linkskurs» gewichen.

Die Junge Alternative (JA) verbindet ihre politischen Anliegen gekonnt mit medienträchtigen Aktionen auf der Strasse. Mit einem Sitzstreik vor der Heiliggeistkirche protestiert die Gruppierung heute Samstag gegen die vom Gemeinderat beabsichtigte Vertreibung der Randständigen vom Bahnhofplatz. Im Stadtrat unterzeichnen die zwei Jungalternativen die Vorstösse des Grünen Bündnisses (GB) meist mit. Stammt ein Anliegen ausschliesslich von der JA, handelt es sich oft um spezielle Forderungen wie ein Verbot von Offroadern auf Stadtgebiet oder von Uniformen im Stadtrat. «Mit unseren Anliegen auf die Strasse gehen und die Aufmerksamkeit der BernerInnen auf weniger prominente Themen lenken. Das macht die JA aus», lautet eine Selbstdefinition der Gruppierung auf ihrer Homepage.

«Schleichende Unterwanderung»

Ehemalige JA-Exponenten sind heute im Grünen Bündnis (GB), in der Grünen Freien Liste (GFL) und in gewerkschaftlichen, ökologischen oder globalisierungskritischen Organisationen aktiv. «Wir haben die JA als Sprungbrett für Jugendliche aufgebaut, damit sie in die Politik einsteigen können», sagt Mitbegründer Manuel C. Widmer, heutiger Präsident der GFL Stadt Bern. Vor den Wahlen im Herbst 1992 hätten nebst Juso-Mitgliedern auch parteipolitisch unabhängige Geister und sogar eine Vertreterin der Jungen CVP bei der JA mitgemacht. Aus der «offenen Plattform» von einst sei «sehr schleichend» die Jungorganisation des Grünen Bündnisses (GB) geworden. Das GB habe sich in den Neunzigerjahren die «Vereinnahmung bestehender Organisationen» zum Ziel gesetzt. «Es ist schade, dass die ursprünglichen Absichten der JA verwischt wurden.» Widmer ist Ende der Neunzigerjahre aus der JA ausgetreten, weil er nicht als Stadtratskandidat nominiert wurde. Mit Nebengeräuschen verbunden war auch der Abgang von Stadtrat Erik Mozsa. Mozsa wechselte im Jahr 2004 ins Lager der GFL, so dass die JA vorübergehend nur ein Stadtratsmandat hatte. «Es gab heftige Reaktionen», erinnert sich Mozsa. Seinen Wechsel begründet er mit dem «strammen Linkskurs» und den entsprechend «starren Feindbildern» bei der JA. Am Anfang ihres Bestehens habe es sich um eine heterogene Gruppe gehandelt. «Heute nehme ich die JA als Jungpartei des GB wahr», sagt Erik Mozsa.

Beobachter bei Jungen Grünen

Die These von der Jungpartei des GB entspreche nicht der Realität, meint demgegenüber Nico Lutz, einstiger JA-Stadtrat und Mitglied des GB-Vorstandes. Es gebe allerdings eine gewisse politische Nähe. Der Wechsel zu einem «strammen Linkskurs» habe nie stattgefunden. «Die JA war von Anfang an linksgrün», sagt Lutz. «Wir sind nicht die Jungpartei des GB», erklärt auch JA-Stadträtin Anne Wegmüller. Trotz der Büro- und Fraktionsgemeinschaft nehme das GB keinen Einfluss. Die JA habe sich aber von Anfang an als grün und sozial definiert und die Vernetzung mit ähnlich gesinnten Organisationen gesucht. Bei den Jungen Grünen des Kantons Bern habe die JA Beobachterstatus. Wegmüller schliesst nicht aus, dass die JA dereinst den Jungen Grünen beitreten wird. Bei den kommenden Nationalratswahlen treten JA und Junge Grüne gemeinsam an. (bob)

BERNER STADTRAT DISKUTIERT ÜBER OBLIGATORISCHE GANZTAGESSCHULEN

Rabenmütter denken Schule neu

Corinne Mathieu von der SP sprach davon, ein Konzept mit pädagogischen Inhalten zu füllen, und regte an, «Schule neu zu denken». Christine Michel vom Grünen Bündnis lobte die Chancengleichheit, welche endlich erreicht werden könne. Beat Gubser von der EDU sah sich an das «kommunistische Manifest» erinnert. Und die Freisinnige Anastasia Falkner lenkte den Blick auf die Finanzen, während sich ihr Parteikollege Christian Wasserfallen «erschüttert» zeigte.

•

Auch wenn es die unterschiedlichen Aussagen nicht vermuten lassen: Die Parlamentsmitglieder haben alle über denselben Vorstoss gesprochen. Sie diskutierten am Donnerstagabend die Motion von Mathieu, welche den Gemeinderat auffordert, ein Konzept für die Einführung obligatorischer Ganztagesschulen auszuarbeiten.

•

Wenns um Kinder und um Schule geht, können alle mitreden. Erstens waren alle einmal in der Schule, und zweitens sind Kinder das kostbarste Gut der Gesellschaft. Gerade der zweite Teil des Satzes macht sich in einem Votum immer gut, und so wurde er mehrmals und von Ratsmitgliedern aller politischen Couleur in verschiedenen Ausführungen vorgebracht. Dieser kleinste gemeinsame Nenner täuschte aber nicht darüber hinweg, dass im Stadtrat zwei Welten aufeinander prallen, wenn es um Kinder und Kinderbetreuung geht. Da sind die Linken und die Liberalen, für welche ausserfamiliäre Kinderbetreuung selbstverständlich ist. Und da sind SVP-Vertreter, für die Frauen – nicht Eltern –, welche ihre Kinder in die Kindertagesstätte geben, Rabenmütter sind. So zumindest die Meinung von Erich J. Hess (jsvp). Er sprach sich für ein zehntes Schuljahr für alle Frauen aus, «damit sie lernen, Kinder richtig zu erziehen». Sein schlagendes Argument: «Hätte nicht meine Mutter mich erzogen, so wäre ich ein noch grösserer ‚Sougoof' geworden, als ich es sonst schon bin.»

•

Der EDU-Politiker Gubser malte das Gespenst des Kommunismus an die Wand: Mit dem Ruf nach einer Ganztagesschule wandle die SP – ob bewusst oder unbewusst – auf den Spuren des «kommunistischen Manifests», in welchem die Aufhebung der Familie gefordert worden sei. Es gab aber auch Bürgerliche, die sich für familienergänzende Kinderbetreuung aussprachen: Die FDP steht hinter Kindertagesstätten und Tagesschulen. «Aber wir wehren uns gegen ein Obligatorium», sagte Anastasia Falkner. Sie sprach sich gegen die Erarbeitung eines Konzepts für eine Ganztagesschule aus: Überall müsse gespart werden, der Kanton nehme keine neuen städtischen Angebote in den Lastenausgleich auf. Dies sei nicht der Moment, um Geld und Personal für eine Konzepterarbeitung einzusetzen. Wie viel eine obligatorische Ganztagesschule mit entsprechendem Freizeitangebot kosten würde – dies mochte sich Falkner gar nicht erst ausmalen.

•

Mathieu räumte ein, dass sich «die Frage der Finanzierung stellt». Doch müsse erst untersucht werden, ob eine Ganztagesschule für alle Kinder wirklich Mehrkosten brächte; schliesslich würden ja andere Angebote wegfallen. Sie hob auch den volkswirtschaftlichen Nutzen hervor, der entstehe, wenn Mütter – nicht Eltern – einer Erwerbsarbeit nachgingen.

•

Die Fraktion GFL/EVP positionierte sich in der Mitte: Schule solle neu gedacht werden, erklärte Martin Trachsel – doch müsse erst geprüft werden, ob die Ganztagesschule den Kindern etwas bringe. Und: Eine solche Schule dürfe nicht obligatorisch sein. Vielmehr sei Wahlfreiheit unter verschiedenen Schulangeboten zu gewähren.

•

Das Parlament erteilte dem Gemeinderat mit 40 zu 26 Stimmen den Auftrag, ein Konzept für die Einführung von Ganztagesschulen zu erarbeiten. Ein zweiter Punkt wurde als unverbindlicheres Postulat überwiesen: Der Gemeinderat habe die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für ein Pilotprojekt bereitzustellen. Das verspricht weitere anregende Diskussionen im Parlament. *Nicole Jegerlehner*

REKLAME